

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

- Sonderheft 1 -

**Wolfgang Müller/Christel Neusüss, Die Sozialstaatsillusion
und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital**

**Helga Faßbinder, Kapitalistische Stadtplanung
und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative**

Westberlin/Erlangen Juni 1971

4,00 DM

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

1. Jahrgang

Sonderheft 1

Juni 1971

Inhalt		Seite
Erklärung der Redaktion		1
Wolfgang Müller/Christel Neusüss	Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital	7
Helga Faßbinder	Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative	71

Redaktion
PROBLEME
DES KLASSENKAMPFS

c/o E. Altvater
1 Berlin 12, Knesebeckstr. 16

Verlag, Vertrieb, Anzeigen,
Abonnements:

POLITLADEN GMBH

852 Erlangen, Hindenburgstr. 17
Tel. 09131/25743 und 24850

Druck:

Verlag Anton Hain KG, Meisenheim/Glan

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

erscheint zunächst vierteljährlich,
Nr. 1 am 1.10.1971.

Preis des Einzelheftes DM 4,00,
Sonderhefte je nach Umfang und Auflagenhöhe.

Abonnementspreis: DM 15,00 für vier Nummern inkl. Versandkosten. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von mindestens 15,00 DM für vier Nummern bezahlt wurde. Dabei ist anzugeben, ab welcher Nr. das Abonnement gewünscht wird. Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten, sondern müssen extra bezogen werden. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen vor Ablauf des jeweiligen Vier-Nummern-Turnus.

Bezahlung durch Bankscheck oder Überweisung auf PschKto. Politladen, Nr. 3234 PechA Nürnberg.

Das Copyright liegt bei den Autoren.

Anfragen wegen Nachdrucken sind an den Verlag zu richten,
ohne dessen Zustimmung jedoch verboten.

Erklärung der Redaktion

Die Mehrheit der Redaktionskonferenz der Zeitschrift Sozialistische Politik hat das Redaktionskollektiv, bisher vertreten durch Hella und Frank Stern, Bernd Langfermann und Gudrun Wossilo, abgewählt und eine neue Kommissarische Redaktion bestimmt. Gegen das bisherige Redaktionskollektiv haben wir eine einstweilige Verfügung auf Herausgabe des technischen Apparats der SOPO und auf Untersagung an das Redaktionskollektiv, weiterhin als Herausgeber der SOPO und in ihrem Namen zu sprechen, eingereicht, welcher vom Gericht endgültig nicht stattgegeben wurde. Zu dem Beschluß, vor ein bürgerliches Gericht zu gehen, um die Kontinuität der Zeitschrift Sozialistische Politik zu sichern, sind wir durch das Verhalten des Redaktionskollektivs - Gründung einer GmbH mit dem Redaktionskollektiv als alleinigem Gesellschafter (s.u.) - gezwungen worden.

In den letzten Jahren sind mehrere Zeitschriften, die von nicht revisionistischen Gruppen gegründet und aufgebaut wurden, in die Hände von revisionistischen und sektiererischen Gruppen gefallen. Erinnerung sei an "Kürbiskern", "Extradienst", "Argument" - heute alle SEW/DKP - und an die RPK - heute KPD/AO. Die dabei verwandten Methoden gleichen einander: Berufung auf bürgerliches Recht; z.T. in Verbindung mit politischen Putschaktionen.

Von einer Auseinandersetzung um die Ausarbeitung einer revolutionären Etappenbestimmung für den gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe kann in diesen Blättern keine Rede mehr sein. Ein ähnliches Schicksal der SOPO würde bedeuten, daß die Publikationsmöglichkeiten für nichtrevisionistische Gruppen nochmals erheblich eingeengt würden. Die Mehrheit der Redaktionskonferenz hält es daher für richtig, die aufgezwungenen Auseinandersetzungen mit allen verfügbaren Mitteln durchzustehen.

Zur Information der Genossen geben wir im folgenden erstens einen Überblick über die Ereignisse und Auseinandersetzungen in der SOPO, und zweitens eine Skizzierung der Arbeits- und Publikationsvorhaben der Mehrheitsfraktion für dieses Jahr.

Die in der SOPO-Redaktionskonferenz seit Ende letzten Jahres stattfindenden Auseinandersetzungen um die Bestimmung des Inhalts und der politischen Linie der Zeitschrift, ihr Verhältnis zu den Parteaufbauorganisationen in Westberlin und zu den im Proletariat arbeitenden und an der Hochschule tätigen studentischen Gruppen in Westdeutschland ist durch die Usurpation der Zeitschrift durch das Redaktionskollektiv auf dem Wege der Gründung einer GmbH "Verlag und Vertrieb Sozialistische Politik" abgebrochen worden. Mit diesem Schritt versucht das Redaktionskollektiv, sich das alleinige Eigentumsrecht und die Verfügungsgewalt über die Zeitschrift auf bürgerlich-rechtlichem Wege zuzuschaffen, um auf diese Weise die "planmäßig vollzogene Instrumentalisierung der Zeitschrift im Vorfeld der kommunistischen

Partei" (sprich SEW/DKP) zu sichern. Das Redaktionskollektiv erklärte gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der Redaktionskonferenz, welche bisher den Inhalt der Zeitschrift nahezu 100-prozentig bestimmte, für beendet, behielt sich allerdings vor, weiterhin solchen Gruppen aus der Redaktionskonferenz die Zusammenarbeit anzubieten, welche bereit sind, auf seine Linie einzugehen, auf eine Linie, welche vom Redaktionskollektiv im Sinne der oben zitierten Äußerung festgelegt wird. Die Linienbestimmung erfolgt auf der Grundlage einer liquidatorischen Stellung zur gesamten Studentenrevolte und den ihr folgenden Organisationsversuchen. Eine nichtrevisionistische Linie der Zeitschrift, welche in den politischen Auseinandersetzungen seit Ende des letzten Jahres mehrheitlich von der Redaktionskonferenz angestrebt wurde, und welche schon vorher den politischen Inhalt der Zeitschrift bestimmte, erscheint dem Redaktionskollektiv als nichts anderes, denn ein "ideologisches Abfallprodukt der Intellektuellenbewegung", als "prinzipienloser Eklektizismus der bisherigen Ausgaben", mit dem jetzt "Schluß gemacht" werden müsse, da es nicht "Aufgabe einer Zeitschrift wie der SOPO" sei, "Tummelplatz sektiererischer Aktivitäten zu werden".

In solch forscher Redeweise seine eigene Genese und die der Zeitschrift negierend, kann es dem Redaktionskollektiv nur noch darum gehen, sich und der Zeitschrift "unumwunden die proletarische Anschauungsweise anzueignen", welche es in den nach seiner Meinung "im Proletariat verankerten kommunistischen Organisationen SEW und DKP" entdeckt hat. (Sämtliche Zitate aus der Stellungnahme des Redaktionskollektivs zur gegenwärtigen Situation und Entwicklung der SOPO). Durchaus folgerichtig veröffentlichte das Redaktionskollektiv, nachdem es sich durch Antrag auf Eintragung ins Handelsregister hinter dem Rücken der Redaktionskonferenz sein alleiniges Verfügungsrecht über die Zeitschrift "rechtlich abzusichern" versucht hatte, zu den Westberliner Wahlen einen Aufruf mit SOPO-Kopf zur Wahl der SEW, in dem alle diejenigen, die nicht auf dieser Linie liegen, als "sich sozialistisch gerierende Kapitulantent" bezeichnet werden.

Das dezidierte politische Auftreten des Redaktionskollektivs entspricht keineswegs seinem bisherigen Verhalten innerhalb der Redaktionskonferenz. Bis vor kurzem hat sich nämlich das Redaktionskollektiv vollends unbeteiligt gezeigt an der Bestimmung des politischen Inhalts der Zeitschrift; es zeichnete sich innerhalb der Diskussion der SOPO-Redaktionskonferenz vielmehr durch die Unfähigkeit aus, einen eigenen politischen Standpunkt zu formulieren.

Da das Redaktionskollektiv versucht, die Linie der Zeitschrift statt durch Teilnahme an der inhaltlichen Diskussion der Aufsätze und der Planung der Zeitschrift auf dem bürgerlichen Rechtswege zu bestimmen, blieb uns in der Tat nichts anderes übrig, als auf dem gleichen Wege diese Usurpation zu verhindern. Die Strategie des Redaktionskollektivs, in den letzten Wochen statt in abstrakter Weise auf politische Diskussionen über die Bestimmung der Linie der Zeitschrift zu pochen - diese wurde übrigens geführt -, während es gleichzeitig ohne Wissen der Redaktionskonferenz die Eintragung seines alleinigen Eigentumsrechts an der Zeitschrift bei

dem Handelsregister vorbereitete und durchführte, kann im nachhinein als nichts anderes denn als Ablenkungsmanöver gegenüber Genossen, welche an der Möglichkeit einer solidarischen Einigung über die Bestimmung der Zeitschrift festhielten, betrachtet werden.

Der Coup d'état des Redaktionskollektivs geschah natürlich nicht aus heiterem Himmel. Er war möglich auf der Grundlage scharfer Auseinandersetzungen in der Redaktionskonferenz, in welchen es vor allem um die Frage des Verhältnisses von Studentenbewegung als Intellektuellenbewegung und ihren Organisationsversuchen im Proletariat zur Klassenkampfbewegung des Proletariats selbst ging. Uneinigkeit zwischen den verschiedenen in der Redaktionskonferenz vertretenen Gruppen bestand über die Frage, ob die heutigen Nachfolgeorganisationen der Studentenrevolte Teile der Klassenkampfbewegung sind oder nicht. Schärfer: Können diese Organisationsversuche in zukünftigen Klassenkämpfen eine initiierende oder weitertreibende Funktion haben, oder hemmen sie sogar die Klassenkampfbewegung, werfen sie sie zurück? Dabei traf sich die Bischoff-Gruppe vom Soziologischen Institut mit dem Redaktionskollektiv in ihrer entschieden liquidatorischen Stellung zur Studentenbewegung, an der sie - das gründliche Studium des "Kapital" für wichtiger haltend - schließlich auch nicht teilgenommen hatte.

Einigkeit bestand demgegenüber innerhalb der Redaktionskonferenz in folgenden Punkten:

1. Der mehr oder weniger sektiererische Charakter der studentischen Parteaufbauorganisationen hat unter anderem eine Grundlage im gegenwärtigen Theoriedefizit. Dies insofern, als es bisher nicht gelungen ist, 'die Doktrin in volle Übereinstimmung mit der Wirklichkeit zu bringen', d.h. die gegenwärtige Situation des Kapitals und der Klassenkämpfe auf Weltebene und in der BRD genau zu bestimmen auf der Grundlage der Marx'schen Analyse des Kapitalwertungsprozesses und der historischen und theoretischen zusammengefaßten Erfahrungen der Organisationen der Klassenkämpfe des Proletariats.

2. Der politische Führungsanspruch einzelner Intellektuellenorganisationen ist als sektiererisch und dogmatisch zu bezeichnen. Er begründet sich nicht aus einer Bestimmung der nächsten Aufgaben der Linken aus der Analyse des Kapitalismus und der Klassenkämpfe. Die materielle Grundlage des sektiererischen Charakters dieser Organisationen muß in ihrem Charakter als Intellektuellenbewegung gesucht werden.

3. Aufgrund dieser Einschätzung kann keiner der studentischen Parteaufbauorganisationen ein Verfügungsrecht über die Zeitschrift in Form eines Vetorechts in der Redaktionskonferenz zugestanden werden.

4. Die Aufgabe der Zeitschrift besteht darin, an der theoretischen Analyse der gegenwärtigen Wirklichkeit des Kapitals und dem Entwicklungsstand der Klassenkämpfe zu arbeiten, um auf diese Weise an der Erarbeitung der Voraussetzungen für die Überwindung des sektiererischen Charakters der gegenwärtigen linken Bewegung mitzuwirken, sowie den politisch an der Hochschule und im Proletariat arbeitenden Genossen eine Hilfestellung für ihre Arbeit zu geben.

Da über die vorhergenannten strittigen Einschätzungen keine Einigung erzielt werden konnte, andererseits aber allen die Weiterführung der Zeitschrift im Sinne der oben genannten Aufgaben notwendig erschien, legte die Redaktionskonferenz einen Konsensus hinsichtlich der Veröffentlichungspraxis in Form eines 'Minderheitenvotums' fest, dem sich alle Gruppen, ausgenommen das Redaktionskollektiv, angeschlossen. In diesem Konsensus war die Möglichkeit des Abdrucks von Aufsätzen der DKP/SEW-Position und die Auseinandersetzung mit dieser theoretischen und politischen Position innerhalb der Zeitschrift eingeschlossen, einer Auseinandersetzung, zu der sich bisher die DKP/SEW nicht bereit gefunden hat.

Wir gehen im Gegensatz zum Redaktionskollektiv nicht davon aus, daß die DKP/SEW heute im Proletariat verankert ist und die proletarische Klassenkampf Bewegung repräsentiert. Ihre Taktik, Wahlkämpfe als Schwerpunkte der politischen Aktivität zu sehen; die nach wie vor geringe Verankerung aktiver Arbeiterkader in den Betrieben; die Einflußlosigkeit von Betriebskadern innerhalb der Partei; das in der Regel opportunistische Verhalten gegenüber dem Gewerkschaftsapparat: all diese Merkmale der gegenwärtigen DKP/SEW widerlegen die Behauptung, diese Partei sei im Proletariat verankert. Was das Verhältnis von Theorie und Strategiebestimmung angeht, so hat die DKP/SEW gegenüber den studentischen Parteaufbauorganisationen allerdings einen Vorsprung. Während diese ihre Strategiebestimmung z.T. ohne jede Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitals und der Klassenkämpfe unbedenken den Klassenkämpfen und der Vergangenheit der Arbeiterbewegung entnehmen, z.T. aus einer äußerst bruchstückhaften Analyse, kann die DKP/SEW auf eine scheinbar konsistente Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, verweisen und behaupten, ihre politische Strategie und Taktik basiere auf dem wissenschaftlichen Sozialismus. Doch diese Theorie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die Marx'sche Form der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft auf weite Strecken beiseite geschoben hat. Statt die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitals und der Klassenkämpfe aus den Bewegungsgesetzen und inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegsphase abzuleiten, geht die Theorie von staatsmonopolistischen Kapitalismus von den empirischen Erscheinungsformen des Verhältnisses von Staatsgewalt zu Großkonzernen aus und leitet daraus ganz neue Qualitäten des Kapitalverhältnisses sowie der politischen Strategie ab, wobei sie sich selbst bei dieser Ableitung häufig noch in Widersprüche verwickelt. Dem entspricht eine weitgehende Unfähigkeit zur Prognose über die Entwicklung der Klassenkämpfe, welche einer Analyse der Situation des Kapitals auf Weltmarktebene und seiner zukünftigen Tendenzen bedürfte. Sie ist unfähig, Inhalt und Bewegungsrichtung des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital zu bestimmen, damit ist sie auch unfähig, Inhalt und Intensität der spontanen Kämpfe des Proletariats einzuschätzen. Entsprechend besteht die politische Praxis der kommunistischen Parteien Westeuropas darin, den spontanen Klassenkämpfen hinterherzuhinken oder sie zu behindern.

Wir können nicht davon ausgehen, daß in einer Zeitschrift, deren selbsternannte Eigentümer sich unumwunden den DKP/SEW-Standpunkt zu eigen gemacht haben, eine Auseinandersetzung mit Theorie und politischer Strategie dieser Parteien möglich sein wird. Da diese Auseinandersetzung im Zusammenhang der Klassenanalyse für Konsolidierungs- und Vereinheitlichungsprozesse innerhalb der aus der Studentenrevolte hervorgegangenen linken Bewegung und für ihre Befähigung, in der Zukunft wirklich eine Funktion innerhalb der Klassenkämpfe des Proletariats zu haben, politisch notwendig ist, haben wir auf dem uns vom Redaktionskollektiv aufgezwungenen bürgerlichen Rechtsweg versucht, die Kontinuität der Zeitschrift zu erhalten. Dabei hat sich die "Bischoff-Gruppe" geweigert, uns im Rechtsstreit zu unterstützen, da ihr eine Zusammenarbeit mit dem Redaktionskollektiv durchaus möglich schien. Sie verhielt sich offen opportunistisch und versuchte, sich vor jeder Entscheidung zu drücken, bevor nicht entschieden ist, wer die Zeitschrift erhält.

Unabhängig vom Ausgang des Rechtsstreites hat die Mehrheitsfraktion der Redaktionskonferenz inzwischen die Herausgabe einer Nachfolgezeitschrift der SOPO beschlossen, die unter dem Titel 'Probleme des Klassenkampfes' ab Oktober dieses Jahres erscheinen wird. Die Herausgabe der Zeitschrift wird in Zusammenarbeit mit der 'Buchhandlung und Verlag POLITLADEN GmbH' in Erlangen erfolgen. Außer dem vorliegenden Heft zur Sozialstaatsproblematik werden bis zum Erscheinen der ersten Nummer der 'Probleme des Klassenkampfes' im Oktober noch zwei Sonderhefte herausgegeben, eins mit dem letzten Teil des Aufsatzes von Heilmann/Rabehl: "Die Legende von der 'Bolschewisierung' der KPD" (zusammen mit den in Heft 9 und 10 der SOPO veröffentlichten ersten beiden Teilen), sowie eins mit einem längeren Aufsatz über Indien. Bei dem dritten Teil des Aufsatzes von Heilmann/Rabehl, dem Aufsatz über Indien und dem Aufsatz über Probleme des Widerstandes gegen kapitalistische Städteplanung, handelt es sich um Arbeiten, die noch vor den Auseinandersetzungen um die SOPO der Redaktionskonferenz vorlagen bzw. geplant und für eine Veröffentlichung vorgesehen waren. Wir veröffentlichen diese Arbeiten deshalb zusammen mit den schon in der alten SOPO erschienenen vergriffenen Aufsätzen, um die Kontinuität der neuen Zeitschrift PROBLEME DES KLASSENKAMPFES mit der alten SOPO aufrechtzuerhalten.

Bei der Planung der Nachfolgezeitschrift der SOPO: PROBLEME DES KLASSENKAMPFES, sind wir von folgenden Überlegungen ausgegangen:

Will die Zeitschrift zu einer Bestimmung der gegenwärtigen Phase der Klassenkämpfe beitragen, will sie also daran arbeiten, die allgemeine Analyse des Kapitalverwertungsprozesses bei Marx als Instrument zur Bestimmung der konkreten Wirklichkeit des Kapitalismus zu benutzen, so kann dies nicht unabhängig von politischen Auseinandersetzungen erfolgen, welche gegenwärtig in der BRD und Westberlin um die Bestimmung der richtigen politischen Strategie stattfinden. Wesentlicher Inhalt muß dabei der Versuch zur Bestimmung der Bewegungsrichtung der spontanen Klassenkämpfe im Zusammenhang der Bewegungen des Kapitals und der Politik der gegenwärtig noch einzigen Massenorganisationen des Proletariats, der Gewerkschaften, sein.

Für ein Arbeitsprogramm sind folgende Schwerpunkte beschlossen worden:

1. Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.
2. Analyse der Gewerkschaften, Taktik kommunistischer und gewerkschaftlicher Betriebsarbeit, Auseinandersetzung mit der Bestimmung der Rolle der Gewerkschaften bei den Parteaufbauorganisationen.
3. Gegenwärtige Phase des BRD-Kapitals (Wirtschaftskrise?). Spontanes Klassenbewußtsein des Proletariats unter den allgemeinen Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus und den besonderen Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus in der BRD.
4. Aufarbeitung der Studentenbewegung.
5. Theoretische und empirische Analyse der Übergangsgesellschaften.
6. Entwicklung des Kapitals auf Weltmarktebene, Imperialismus und Unterentwicklung.
(Die Punkte 4.-6. sollen vor allem im nächsten Jahr Arbeitsschwerpunkte bilden.)

Es ist anzustreben, daß die Nachfolgezeitschrift der SOPO: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS, kollektiver Organisator marxistischer Forschungsarbeiten wird, indem sie Arbeitsaufgaben formuliert, Prioritäten der theoretischen Arbeit diskutiert und in diesem Zusammenhang Arbeiten initiiert. Dies soll in Zusammenarbeit mit im Proletariat und an der Hochschule arbeitenden Zirkeln der BRD und Westberlins erfolgen.

Ein Schwerpunktheft zur "Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" und eines zur Gewerkschaftsfrage sind in Arbeit. Zu diesen beiden Heften sollen Arbeitskonferenzen im Juni und im Juli dieses Jahres stattfinden.

Im Zusammenhang mit den politischen Diskussionen auf diesen Arbeitskonferenzen muß noch eine gründliche Klärung über Aufgaben und politische Funktion der Nachfolgezeitschrift der SOPO erfolgen, deren Ergebnisse als Editorial des im Oktober dieses Jahres erscheinenden ersten Heftes der Zeitschrift PROBLEME DES KLASSENKAMPFS vorliegen werden.

Westberlin, Mai 1971/Mehrheitsfraktion der Redaktionskonferenz der Zeitschrift 'Sozialistische Politik'

Elmar Altvater, Gerhard Armanski, Hans-Dieter Bahr, Bernhard Blanke, Klaus Busch, Helga Fassbinder, Dietrich Haensch, Hans-Dieter Heilmann, Eckard Hildebrandt, Jürgen Hoffmann, Ulrich Huttenlocher, Wolfgang Müller, Christel Neusüß, Susanne Piening, Bernd Rabehl, Martin Reimann, Lothar Riehn, Holger Rohrbach, Willi Semmler, Rudi Schmidt, Wolfgang Schöllner, Frank Unger, Dieter Schütte.